

40 Prozent aus erneuerbaren Energien

- Politiker Bareiß zu Besuch bei Gemeindewerken
- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur

Krauchenwies – Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß war zu Gast bei den Gemeindewerken. Bareiß ist Mitglied des Beirates der Bundesnetzagentur und wollte mehr erfahren über die Auswirkungen der Bundespolitik auf die örtliche Stromversorgung.

Bürgermeister Jochen Spieß wies darauf hin, dass Baden-Württemberg einerseits Regulierer sei und andererseits als Eigentümer der EnBW Wettbewerber der beaufsichtigten Stromversorger sei. Eine Doppelfunktion, die mit dem EU-Recht nicht vereinbar sei, meinte Spieß, und weiter: „Dies hat uns EU-Kommissar Oettinger schriftlich bestätigt.“ Die Bundesnetzagentur plant Festlegungen zu den Strommessungen. Damit sollen künftig Summenmessungen untersagt werden. „Diese Festlegung bedeutet für die Bürger entweder höhere Netzentgelte oder schlechtere Versorgungssicherheit“, erläuterte der kaufmännische Betriebsleiter Viktor Franchini.

Elektromeister Manfred Keller berichtete dem Bundestagsabgeordneten, dass 1992 das Übergabeschaltwerk hätte erweitert werden müssen. Da dies aus räumlichen Gründen nicht möglich gewesen sei, sei ein weiteres Übergabeschaltwerk gebaut worden. Die Sammelschienen der beiden Gebäude wurden direkt mit Leitungen verbunden und beiderseits eine Summenmessung installiert. Dies hat Sicherheitsvorteile für die Kunden, denn bei Störungen oder Wartungen in der Übergabe, ist die



Von links: Elektromeister Manfred Keller, Bürgermeister Jochen Spieß, Bundestagsabgeordneter Thomas Bareiß und Kämmerer Viktor Franchini.

Gemeindewerke

Der Eigenbetrieb ging aus einem 1922 gegründeten Zweckverband der Gemeinden Krauchenwies und Ablach hervor, der 1922 mit einem Wasserkraftwerk an der Ablach die Stromversorgung übernahm. Inzwischen werden im Stromnetz

Versorgung seither über das zweite Gebäude sichergestellt. Das wollte die Bundesnetzagentur künftig untersagen. Dann müssten die Bürger entweder über 60 000 Euro mehr für die Netznutzung an das Netz der EnBW bezahlen oder eine schlechtere Versorgung in Kauf nehmen, wenn zur Kostenbegrenzung die Anlagen auf eine einseitige Messung umgestellt würden. Thomas Bareiß sagte den Gemeindewerken zu, sich für die Bürger von Krauchenwies einzusetzen und für eine Änderung der geplanten Festlegung der Bundesnetzagentur einzutreten.

In den Gemeindewerken Krauchenwies wird derzeit schon 40 Prozent der

22 Millionen Kilowattstunden an die Netznutzer geliefert. Davon werden 9 Millionen Kilowattstunden in EEG-Anlagen erzeugt. EEG steht für Erneuerbare-Energien-Gesetz. Der EEG-Strom setzt sich aus Biomasse mit 7,5 Millionen Kilowattstunden, Solar mit 1,2 Millionen Kilowattstunden und 0,4 Millionen Kilowattstunden aus Wasserkraft zusammen.

bezogenen Strommenge örtlich in EEG-Anlagen aus Biomasse, Sonnenenergie und Wasserkraft mit einer Leistung von insgesamt knapp 3000 Kilowatt erzeugt. Dies hatte überproportionale Netzausbaukosten zur Folge, die derzeit von den Netznutzern in Krauchenwies bezahlt werden müsse. So seien derzeit im Anlagevermögen mit rund 250 000 Euro beziehungsweise 38 Prozent der Sachanlagen ausschließlich notwendig, weil der dezentral erzeugte Strom nicht vor Ort sofort verbraucht, sondern die vorgelagerte Netze weitergeleitet werden müsse. Im neuen Energiewirtschaftsgesetz wurde die Bundesregierung ermächtigt, Netzbetrei-

ber wie Krauchenwies zu entlasten und Netzausbaukosten wegen Stromerzeugungsanlagen aus erneuerbaren Energien bundesweit auf alle Stromkunden umzulegen. Auch hier will Thomas Bareiß in Berlin dafür sorgen, dass diese Rechtsverordnung bald möglichst umgesetzt wird.

Durch den hohen Anteil an EEG-Strom von derzeit 40 Prozent sehen sich die Gemeindewerke schon heute in einer Situation im Stromnetz, die in einigen Jahren bundesweit auftreten werde, erklärte Franchini. An sonnigen Wochenenden wird dank Photovoltaik Strom bis zu 1000 Kilowatt (kW) in das vorgelagerte Netz geschoben. Dies entspräche bereits über 20 Prozent der Netzhöchstlast von 4500 kW. Für die über konventionelle Kraftwerke zu deckende Stromversorgung sei keine Grundlast mehr vorhanden. Für den Einsatz der konventionellen Kraftwerke müsse daher nicht nur der Verbrauch, sondern auch die Erzeugung der Solar- und Windkraftwerke prognostiziert werden. Dies ist über die bekannten Anschlusswerte der Anlagen und die Wettervorhersagen schon an den Vortagen möglich. Dieser prognostizierbare Strombedarf könne daher preisgünstig mit Mittellastkraftwerken erzeugt werden und benötige nur im bisherigen Umfang Gaskraftwerke. Aus diesem Grund seien die Gemeindewerke mit weiteren vor allem kommunalen Stromversorgern an einem geplanten effizienten Kohlekraftwerk in Brunsbüttel beteiligt. Für eine Bauentscheidung fehlten jedoch die konkreten Entscheidungen des Bundes, dass dieses Kraftwerk in die neue Förderung nach dem neuen Energiekonzept kommt. Thomas Bareiß erwartet die Entscheidungen des Bundes im Herbst.